



Er scheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amthliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Neitschmann. Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 289

Insertionspreis für die fünfzehnjährige Grenzseite oder deren Raum 12 Bg.

Reclamen vor dem Tageskalender die dreieckigste Seite oder deren Raum 30 Bg.

Nr. 59

Dienstag, den 11. März 1890.

91. Jahrgang

### Der neue Reichstag.

Halle, 10. März.

Der Ausfall der Wahlen zum neuen Reichstage hat allgemein überrascht. Die Cartellpartei, auf welche sich die Regierung im vorigen Reichstage stützte, haben unerwartet große Verluste erlitten und sind in die Minderheit gedrängt worden. Theilhaftig nun die neuen Reichstagsabgeordneten in drei Gruppen, nämlich in eine Cartellgruppe, eine Centrumgruppe, an welche sich bisher im großen und ganzen Polen, Elässer, Welfen und Dänen angeschlossen haben, und in eine radikale Gruppe (Deutsch-freimüthige, Volkspartei und Sozialdemokraten), so ergibt sich folgendes Resultat: Cartellgruppe 137, Centrumgruppe 146, Radikale Gruppe 114 Abgeordnete. Der Reichstag hat 397 Sitze, die absolute Majorität beträgt also 199 Stimmen. In der nun abgelaufenen Legislaturperiode vertritt die Cartellgruppe unter Finanzrechnung der mit den einzelnen Fraktionen in der Regel stimmenden Wähler über 214 Stimmen, beinahe also 15 Stimmen über die absolute Majorität. In dem vorausichtlich im April d. S. zusammenzutretenden neuen Reichstage wird es, wie aus der obigen Zusammenstellung ersichtlich, eine feste, ihr bestimmte principielle Ziele der Gesetzgebung nach tragend, welcher Richtung bauernd verwendbare Majorität überholt nicht geben. Es ist erklärlich, wenn eine solche Zusammenfassung der deutschen Volksvertretung bei allen, welchen die Macht und Größe und die gesunde nationale Fortentwicklung des Reiches am Herzen liegt, schwere Sorgen um die nächste Zukunft des Vaterlandes wachruft. Inwiefern läßt eine Reihe von Erwägungen allumfassende Bedenken nicht gerechtfertigt erscheinen.

Zunächst bürgt nämlich gerade der Mangel einer bestimmten Parteimajorität dafür, daß auch im neuen Reichstage principielle, speciell ultramontane oder freimüthige Anträge keine Aussicht haben, zur Annahme zu gelangen. Die Befürchtung, daß der neue Reichstag eine gesunde Fortentwicklung der Reichsinstitutionen auf nationaler Basis gänzlich unmöglich machen werde, ist wohl gleichfalls übertrieben. Die aus den Wahlen von 1881 und 1884 hervorgegangenen Reichstage waren in ganz ähnlicher Weise zusammengefaßt wie der jetzt neugewählte; der von 1881 wie immer noch größere Zahl entschiedene oppositionelle Elemente auf. Die Reichstage haben zwar den weiteren Ausbau der Reichsinstitutionen erschwert, aber denselben doch nicht gänzlich verhindern können. Mit dem Reichstage von 1881 ist die ganze Legislaturperiode hindurch regiert und der 1884 gewählte Reichstag ist erst gegen Ende der Legislaturperiode aufgelöst worden. Während der Legislaturperiode 1881-84 ist das Gesetz über die Wiederzulassung der Zünfte zur Annahme gelangt. Derselbe Reichstag hat dem ersten Schritte auf dem Wege der socialpolitischen Gesetzgebung, dem Krankenversicherungsgesetze, seine Zustimmung erteilt. Der 1884 gewählte Reichstag hat das Unfallversicherungsgesetz votirt, in die Legislaturperiode 1884-87 fallen ferner die ersten Anträge der deutschen Colonialpolitik. Beide Reichstage endlich haben wiederholt zu einer Verlängerung des Socialversicherungsgesetzes, und zwar mit dem von Nationalliberalen jetzt perhorrescirten Ausweisungsparagraphen, die Hand gegeben.

Daß aber der nun zusammengetretene Reichstag trotz seiner angünstigen Zusammensetzung in höherem Maße als seine Vorgänger von 1881 und 1884 einer freien Oppositions- und Obstructionspolitik halbig werden, ist durchaus nicht sicher, vielmehr erscheint das Gegenteil wahrscheinlich. Die oppositionellen Abgeordneten verstanden nämlich diesesmal keineswegs ausschließlich oppositionellen Wählern ihre Mandate, vielmehr ist ein großer Theil der ersteren gerade von Angehörigen der Cartellpartei gewählt worden. Ferner ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die freimüthige Partei im neuen Reichstage nicht in der Ausschließlichkeit aus oppositionellen und radikalen Elementen besteht, wie der dürftige Rest dieser Partei im letzten Reichstage. Dem dringlichen Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente gegenüber der socialdemokratischen Gefahr, welcher doch in vielen Wahlkreisen den Ausschlag gegeben hat, verstanden auch die Freimüthigen einer nicht unerschütterlichen Theil ihrer Sitze. Dieses Hand in Handgehen aller bürgerlichen Parteien ist hier und da auch von freimüthiger Seite vollkommen ehrlich durchgeführt worden. So hat der deutschfreimüthige Abgeordnete Hänel in Holstein mehrere Wahlreden in nationalliberalen Versammlungen für nationalliberale Candidaten gehalten, und dürfte wohl der Abgeordnete Hänel nicht der einzige unter der neuengewählten deutschfreimüthigen Schaar sein, welchem das nationale Moment im Augenblicke der Gefahr doch höher steht, als ein freies Parteiprogramm. Auch das Centrum hat in der abgelaufenen Wahlkampagne hart mit der Socialdemokratie ringen müssen. Es ist daher noch sehr fraglich,

ob selbst ein neues Sozialistengesetz, wenn es überhaupt eingebracht werden sollte, keine Ausflüchte auf Annahme haben würde. Es besteht eben keine ausschlaggebende Cartellgruppe mehr, welcher Ultramontane und Freimüthige die Verantwortung für die Sicherung des inneren Friedens im Reiche zuwälzen könnten. Diese Verantwortung wird die Opposition jetzt voll und ganz auf sich nehmen müssen.

Eine Befestigung für die Annahme, daß namentlich die freimüthige Partei im neuen Reichstage eine weniger neugierige Stellung einnehmen werde, als sie es im letzten Reichstage gekostet hat, liefert die Haltung, welche die fortschrittlichen Parteiblätter neuerdings anzunehmen beginnen. So war in einem dieser Blätter die mit Rücksicht auf seine bisherige Stellungnahme an allen nationalen Fragen überragende Berücksichtigung zu lesen, daß in allen den Fällen, in welchen es sich um die Festigung des Reiches handelt wird, die Regierung im neuen Reichstage über eine sichere und gesicherte Mehrheit wird verfügen können. Ein anderes freimüthiges Organ will sogar etwaige neue Militärverordnungen unparteiisch prüfen und das Beste davon befehlen. Als Bedingung stellt das Blatt allerdings die Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre. In den letzten Tagen nach den Wahlen schlugen manche der deutschfreimüthigen Blätter bereits einen Ton an, als seien die Organe einer regierungsfähigen Parlamentsmajorität. Hier und da wurde sogar die Möglichkeit ventilirt, daß auch Fürst Bismarck sich auf die freimüthige Partei stützen könnte. Gerade mit Rücksicht auf diese Haltung der freimüthigen Presse erscheint es zum Mindesten inopportun, daß einzelne mittelparteiliche Organe ihrerseits jetzt einen Angriff auf die Regierung unternehmen, der letzteren die Schuld an dem Mißerfolge der Mittelparteien bei den Wahlen zuschieben und dadurch im gegenwärtigen Augenblicke den Schein einer oppositionellen Stellung gegenüber der Regierung auf sich nehmen.

Sollten die freimüthige Partei und das Centrum im neuen Reichstage ihrer Erwartungen eine nicht negierende Haltung einnehmen, so würden sie demnach nicht die Möglichkeit haben, den Gang der Staatsmaschine aufzuhalten. Vor allen Dingen ist daran zu erinnern, daß sowohl der teilungsmäßig als praktisch das Einnahme- und Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages ein beschränktes ist. Die meisten Einnahmen des Reiches sind nicht für eine Budgetperiode oder überhaupt für eine bestimmte Zeit, sondern für die Dauer bewilligt und können nur auf Grund eines neuen Gesetzes verweigert werden. Zum Zustande kommen eines solchen aber ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich. Ebenso verhält es sich infolge des bis zum 31. März 1894 geltenden Septennatgesetzes mit der dem Reichstage zugehörenden Bewilligung des wichtigsten Ausgabepostens, nämlich des Militäretats.

Als die Resultate der letzten Reichstagswahlen bekannt wurden, jubelte die deutschfeindliche ausländische Presse, namentlich die russische und die französische, und eroberte in diesem Wahlerfolge eine durch das deutsche Volk ausgesprochene Verurtheilung des Systems Bismarck. Was aber dieses System bedeutet, wissen unsere Feinde sehr wohl. Das System Bismarck bedeutet nichts anderes als die Größe, Einheit und Macht der deutschen Nation und des deutschen Staates. Daß die deutschen Freimüthigen und Ultramontanen die Vernichtung der Macht und Einheit des Reiches nicht erstreben, haben ihre Führer in unzähligen Wahlreden behauptet. Auf diese Versicherung hin sind sie gewählt worden. War doch selbst in einer vom socialdemokratischen Abgeordneten Singer gehaltenen Rede, vom Kampfe für's Vaterland die Rede, in welchen auch die Socialdemokraten im großen Jahre 1870 gezogen sein und in welchen sie, wenn es nöthig sein sollte, wieder ziehen würden. Das deutsche Volk wird sich jetzt überzeugen können, ob die Haltung seiner Vertreter im Reichstage mit ihren Worten und Versicherungen übereinstimmen wird.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetensatz.

23. Sitzung vom 8. März, 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Masbach und Kommissionsrat.  
Vor der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats und zwar zunächst der Etat der Bauverwaltung.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird das Gutachten der Akademie des Bauwesens über die Regulierung der Weichsel und Wogat aus der heutigen Diskussion ausgeschlossen, um höher im Anschlag an dieselbe Vorläufige der Vororkommission zur Verhandlung zu kommen.

Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt.  
Beim Titel 1 der Ausgaben, Gehalt des Ministers 36000 M., wird:

Ab. Traam (ntl.) an die Staatsregierung die Frage, was seit 4 Jahren von ihrer Seite für die Förderung des sogenannten Binnenlandhandels vom Rhein nach der Elbe gethan

sei. Im vorigen Jahre habe sich in den betreffenden Landes- theilen ein Komitee zur Förderung des Binnenlandhandels unter Vorsitz des Landesdirektors von Kammerstein gebildet; dieses sei aber von dem Minister dahin beschickt worden, daß letzterer es ablehne, dem Komitee näher zu treten. Schon jetzt würden 176 Millionen für Kanäle verhandelt. Es müßte der Dortmund-Ems-Kanal fertig und dann dessen Fortsetzung nach dem Rhein verhandelt werden. Diese Antwort habe die Beteiligten um so unangenehm gefunden, als der Minister die von den Vertretern des Komitees bei ihm nachgesuchte Audienz ohne Angabe von Gründen einfach abgelehnt habe. Nach 1883 habe der Minister hier im Hause selbst erklärt, daß nur auf dem Gebiete des Kanalhandels gegenüber Frankreich z. B. ganz unbedenklich möglich zurück, auch sei er bei den Verhandlungen für Rheinland keineswegs ängstlich. In solchen Fällen müßte man doch nur fragen, ob die finanzielle Lage die Ausführung erlaube, und ob die Anlage wirtschaftlich produktiv sei, beide Fragen seien unbedingt zu bejahen. Die Kanalverbindung des Rheins mit dem Weiten würde für das ganze Land von großem Nutzen sein. Wenn man jetzt internationalen Arbeiterausbau anbahne, so müsse man auch die günstigsten Produktionsbedingungen in jedem Lande schaffen und in erster Linie die Wasserstraßen ausbauen, wie es Frankreich und England gethan haben. Seit 80 Jahren sei dieses Binnenlandhandelsprojekt auf der Tagesordnung, um 1878 bis 1881 hätten die Vorarbeiten stattgefunden. 1888 habe man das Projekt erhalten und heute wolle man sich auf die Fortsetzung nicht einlassen. Nach diesem Verhalten müsse man annehmen, daß der Minister das Projekt ablehne, weil er die Ausführung als Kontingenz für seine Ehrentage betrachte. Das Komitee sei aber trotzdem nicht enttäuscht. Für die Vorarbeiten desselben sei es wichtig, wenn der Minister die damaligen Arbeiten seiner Beamten und Gehilfen zur Verfügung stellen wolle. Außerdem müsse er noch fragen, ob man, wie es den Anhängern habe, beabsichtige, den Dortmund-Ems-Kanal so weiter zu führen, daß Beyerling genant be- rührt werde.

Minister von Masbach: Der vom Vordere erwähnte Erlaß ist nicht von mir allein, sondern auch vom Handelsminister im Einverständniß mit dem Finanzminister erlassen. Bezüglich der Audienz immer an mich den Vorlaß? Wohl, der Vordere dem nicht, daß ich es annehmen bin, der wenigstens das Projekt durchgeföhrt hat? Gäte ich die Kanäle als Kontingenz der Eisenbahnen betrachte, so wäre ich ganz anders aufgetreten. Eisenbahnen und Wasserstraßen sollen sich einander ergänzen und dem ganzen Lande, nicht nur einzelnen Provinzen, Nutzen bringen. Die Vorarbeiten für die Kanäle nach dem Rhein sind fertig. In dieses Projekt stellt sich dann das andere Projekt. Wir können nur eins nach dem anderen in Angriff nehmen. Wir haben für die vollständigen Wasserbauten die jetzt im Bau sind, kann die auszuführenden technischen Schritte, wie sollte es erst werden, wenn wir nach dem eine so große neue Aufgabe gleichzeitig übernehmen wollten? Die Beamten und Mandatarien dem Komitee zur Verfügung zu stellen ist ich nicht in der Lage, ich weiß nicht, wie der Vordere sich dies denkt. Es läßt mir bedauere, als ob man einen Kanal aus Afrika bauen will; das wäre doch ein unpraktisches Projekt. Warum Sie ab, bis mir zur Lösung dieser Aufgabe Zeit genaugen, Sie brauchen uns gar nicht zu drängen und haben nicht nöthig, sich so sehr zu echauffern. Depositionen zu empfangen, ist keine angenehme Aufgabe (Seitzeit); wenn Wohlwollen für den Kanal besteht so gut heute wie früher, es wäre besser durch den Empfang derselben nicht gehindert werden. Der Punkt Beyerling kann beim Bau des Dortmund-Emskanals nicht übergangen werden, denn er steht im Geise, im übrigen wird die ursprünglich in Aussicht genommene Linie beibehalten werden. Die Hannoveraner mögen sich beeifert halten, daß die Regierung die Ausführung des Binnenlandhandels unverändert im Auge behalte und managiert werden wird.

Abg. Sombart (ntl.): Die Anlage eines Kanals von Anklam über Demmin nach Danzgraben würde eine vollständige Wasserführung vom Bodden nach dem kleinen Golf herstellen, die Vertheilung dieser vier Kilometer langen Linie würde von großem wirtschaftlichen Nutzen sein. Man müsse endlich dem durch die Grundsteuer so unerschäftlichmäßig belasteten Regierungsbudget Erleichterung zu Hilfe kommen.

Ministerratordirektor Dr. Schulz: Der Minister hat allerdings auf Grund der Vorarbeiten anerkennen können, daß der empfohlene Trebel-Niedm's Kanal für die wirtschaftlicher und gewerblichen Interessen der Beteiligten Vortheile bringen würde; die Rentabilität des Kanals ist aber nicht nachgewiesen worden. Gleichwohl hat der Minister den Oberpräsidenten von Pommern aufgefunden, die vorhandene Material zu ergänzen und weitere Verhandlungen mit den Interessenten zu führen.

Abg. Lotichius bittet im Anschlag an die Staatsregierung die Molei und der Saar um eine Verbesserung der Wasserstraßen der Bahn durch vollständige Kanalisierung derselben, für welche sich auch der Jahresbericht der Handelskammer zu Lumburg ausgesprochen habe.

Abg. Broemel: Ich halte diesen Etat für besonders geeignet, die Frage der Beamtenbelohnungs-Aufbesserung zur Sprache zu bringen. Nach den neuesten Nachrichten in der Presse soll die Vorlage noch so sehr in den Vorarbeiten liegen, daß nicht zu erwarten ist, daß sie das Haus noch in dieser Session beschließen werde. Ich glaube, nachdem überhaupt einmal bereits dieses Banttes Dreieck und Bienenlauf geworden sind, kann das Haus nicht umhin, darüber Auskunft von der Regierung zu bitten. Wenn wider Erwartung aus dieser Vorlage in dieser Session nichts werden sollte, würde das Haus die Pflicht haben, die bisher nicht verhandelten Beschwerden der betreffenden Beamten, in Gehaltsfragen einzeln zu bejahen. In der Subkommission hat der Vertreter des Finanzministers mit Bestimmtheit verprochen, die Vorlage werde noch als Nachtrags- etat in den vorgelagten Etat einmengen werden können. Gleichwohl ist wieder ein Woche verstrichen und wir hören nichts von dieser Vorlage. Würde wenigstens der Chef der Bauverwaltung sich darüber äußern, wie es in seinem Interesse damit steht.

Minister v. Masbach: Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Vorlage nicht noch die vorliegende Session beschließen werde. (Strahl.) Die dazu erforderlichen Gehaltsbeschäftigten, bei denen alle Posten beteiligt sind, hätten

richtig fort. Ebenfalls ist kein Anhalt vorhanden, zu einem Zweifel darüber, daß die Angelegenheit in der laufenden Session erledigt werden wird. (Wiederholter Beifall.)

Abg. W. Müller: Ich danke dem Minister für die wohlwollende Erklärung, welche er bezüglich des Dortmund-Ems-Kanals abgegeben hat und nichtig davon den Ausdruck der Hoffnung, daß der Minister, sobald ihm die nöthigen Kräfte zur Verfügung stehen werden, auch an die Vorbereitungen für die Durchführung des Mittelkanals nach der Eibe gehen werde.

Abg. W. Müller: Ich weiß auf eine Sache in der für den Negationsbericht Kostel erlangenen Hauptbestimmung hin, in der die Bestimmung der Sachverständigen für die Abnahme von Kosteln unterlassen ist, ebenso wie auch Bestimmungen über die daraus erwachsenden Kosten fehlen. Es scheinen in dieser Hinsicht einige Sachverständigen entgegen zu sein, welche die Bestimmung allein nicht heiligen können.

Abg. G. Müller: Die Bedeutung des Mittelkanals wird von dem Abg. Tramm doch wohl überschätzt, wie er gleichzeitig auch zu Unrecht eine gefährliche Konkurrenz von Ober- und Niederlauf der Röhre des Westens beifügt. Die für Oberlauf bestimmten Kanäle sind ja noch gar nicht fertig, zum Theil noch gar nicht in Angriff genommen. Wenn auch der Mittelkanal bald im Projekt 30 Jahre alt ist, so ist das viel wichtigere Projekt des Donau-Oberrhein-Kanals schon mehr als 100 Jahre alt, ohne bisher zur Ausführung gelangen zu können. Würde die Bestimmung berechtigt werden, dann würde ein ganz andere Aufschübung des Westens und Nordens der Westfälischen Gebiete, eine ganz andere Aufschübung der Donauländer, Bulgariens u. s. w. zu erreichen sein, ein Gewinn daraus für uns ich ergehen, der denjenigen aller Kolonien weit überwiegen würde. Im Interesse der Landwirthschaft ist es nicht, wenn man zu viel Kanalanlagen auf einmal in Angriff nimmt, weil dadurch der Landwirthschaft noch mehr Arbeitskräfte entzogen werden. Der Minister würde aber auch das Projekt der Kanalunion der Ober von Kotel bis Oberberg im Auge behalten.

Abg. Graf Kanitz (L.): Es muß betonen, daß gerade von freimüthiger Seite die Kritiken für die Beamten betrieblern sind, während doch die freimüthigen überall die Einnahmen des Staates und Reiches beherrschend wollen durch Gleichrichtung der Steuerabgabe und durch Abschaffung indirekter Steuern. Die Kritiker für die Beamten wollen die Herren freimüthigen als Absoluten, welche durch die Abschaffung der Einnahmen gelohnt haben. Ein Freund des Dortmund-Ems-Kanals ist er überhaupt nicht gewesen, weil durch denselben der theillich-wesentlichen Einnahme der fremden Erze aus Spanien u. s. w. leichter angefaßt würden. Der Ausbau des Binnenlandes bis zur Höhe wurde von allen Seiten in dem Eifer aus Rheinland und Westfalen das Abschließen der Oberlaufkanäle erschlichen und dadurch die oberste Industrie benachteiligt. Besser wäre Ermäßigung der Eisenbahnzölle, da der Kanal doch im Winter geheizt ist und der Transport auf demselben länger dauert als die Eisenbahnlinie. Wenn die Herren im Westen einen solchen Kanal wollen, müssen sie sich in die Zölle gefallen, denn sie verdienen sehr viel Geld. (Sehr richtig!)

Abg. W. Müller (hr.): protestirt gegen die Kanalunion der Nord- und Ostkanäle im Interesse des Ruhr-Gebiets, dessen Erzeugung doch sehr gefährlich wäre, denn die Kanalunion würde den Bezug von lothringischen und luxemburgischen Erzen nach Rheinland und Westfalen erschweren.

Abg. G. Müller (hr.): Ich möchte nicht gerade den Herren Konteradventen die Vertretung der Interessen der Beamten überlassen. In vorigen Jahren wurde von allen Seiten Kritik erhoben gegen die Behandlung, welche die Konteradventen der Beamten der Eisenbahn-Unterbeamten angedeihen lassen. Die Beamten werden sich mit ihren Beschwerden gar nicht an die Konteradventen wenden, denn sie wissen, daß diese ihre Stimme gegen die Regierung nicht erheben werden; die Unterbeamten werden geradezu gezwungen, sich an Abgeordnete der Opposition zu wenden.

Abg. Graf Kanitz: Die Beamten werden sich an die freimüthigen Abgeordneten, weil sie den inhumanen Weg für ihre Beschwerden nicht beschreiten wollen. Das ist aber ein

Mißbrauch des Petitionsrechts, das ist ein Unwesen. Die Regierung wird aber doch thun, was sie für richtig hält.

Abg. W. Müller (hr.): Es ist ein Recht aller Staatsbürger auch der Beamten, sich mit Petitionen an den Landtag oder Reichstag zu wenden. Die Beamten wollen mit ihren Petitionen auf sich einwirken, daß die Regierung keine Schwerkriegszeiten machen, wenn sie Geld für Aufbesserung der Gehälter verlangt. Wenn es sich um Fragen der Disziplin handelt, würde ich Petitionen auch für bedenklich halten. Wir sollten uns freuen, daß die Beamten ihre Beschwerden ausbreiten wollen. Wenn ihre schlechte Lage drängt die Unterbeamten in die Reihen der Sozialdemokratie.

Abg. W. Müller (hr.): Neben, wie die des Grafen Kanitz sind für uns zu fixen, auch für die Zukunft. Er will die Petitionen länger Hand abgeben. Deshalb haben denn keine Freunde die Aufhebung solcher Petitionen an die Regierung geistigt? Die Beamten fordern nur ihren alten Gehalt und ich finde es unerfüllt, daß ein Mitglied dieses Hauses, das zur Wahrung der Rechte der Bürger verpflichtet ist, das Petitionsrecht den Beamten benachteiligen möchte. Da sieht man, wie es der Beamten eigentlich um's Herz ist. Die Petition der Eisenbahnbeamten u. s. w. ist eine Konsequenz der Verhaftung der Eisenbahn, die man nun einmal mit in den Kauf nehmen muß.

Abg. G. Müller (hr.): Ich trete ebenfalls für das Petitionsrecht der Beamten ein, jede sachliche Begründung derselben muß gebührend werden. Günstig dienen die Petitionen der Eisenbahnbeamten nur gründlicher Prüfung des Reichstags.

Abg. Graf Kanitz: Wenn die Petitionen nur verlangen, daß der Landtag die Forderungen der Regierung für die Beamten bewilligen soll, so werde ich sie nicht mit Wohlwollen behandeln; aber die Petitionen, welche einzelnen Abgeordneten ausgehen, welche nicht die Gotzgebe haben, ich spreche an das Haus zu wenden, welche Gleichzeitige gehen, werden sich niemals meiner Sympathie erfreuen.

Abg. von Kardorff (L.): Graf Kanitz hat darin Recht, daß die Herren, welche mit so warmem Herzen für die Verbesserung der Beamtengehälter eintreten, auch für die Mittel zu sorgen haben. Das haben wir im Reichstag bisher immer vermög. (Zustimmung rechts.)

Abg. W. Müller (hr.): Wenn die Abg. nicht mit dem Volke und den Beamten in Verbindung gefanden hätten, so wäre die Einigkeit gewesen. Günstig dienen die Petitionen der Eisenbahnbeamten und hier die Aufbesserung der Beamtengehälter ist politisch klug geübt worden ist. (Zustimmung.)

Abg. G. Müller (hr.): Es ist nicht als einen Schleichweg bezeichnet, wenn die Beamten an einen Abgeordneten sich wenden, da es noch nicht vorgekommen ist, daß die Einreichung von Petitionen von den Vorlesern nicht vermerkt worden ist.

Abg. G. Müller (hr.): Ich befreite, daß die Einnahmen des Staates gekürzt werden, wenn man Steuern und Zölle herabsetzt. Wir haben allerdings eine kurzfristige Steuerpolitik, wie sie seit 10 Jahren die Zölle und Steuern immer mehr herabsetzt. Mit goldenen Lettern steht in der Steuerpolitik der Name Gladstone, welcher es verstanden hat, durch Abschaffung schädlicher Zölle, welche nicht in die Staatskasse allein fließen, sondern in die Tasche privilegierter Stände, die Nation kostmüthiger zu machen. Wenn diese Wege gegangen würden, welche einmal auch dem Herrn Reichsanwalt wohlgefallen wären, so würde durchaus keine Einnahmeverminderung eintreten.

Abg. W. Müller (hr.): Die Freigebildeten des Herrn G. Müller werden im Reichstage keine Mehrheit finden, denn seine Freunde werden in die Reihen von Schicksaligen der politischen und der Centralpartei geistigt. (Zustimmung.) Graf Kanitz: Die Post scheint die Verantwortung für die Ausgaben an das Reich abwälzen zu wollen; er und seine Freunde haben aber für die meisten Ausgaben mitgeteilt. (Zustimmung rechts.)

Abg. G. Müller (hr.): Die Frage würde nicht so leicht ausgeht sein, wenn die Beamten sich vor länger als 8 Jahren eine Aufbesserung nicht verprochen worden wäre und zwar in dem sogenannten Verwendungsgesetz ein Betrag von 25 Millionen Markt. Wieviel ist davon den Beamten bereits zugewendet worden? Was hat man angutungen, hat man die Gehälter der

Unterstaatssekretäre erhöhen wollen, was das Haus abgelehnt hat. Die Veranschlagung von Verheerungen hat dieses Amt gemacht, das hat sich in Tabellen von Stämmen in der Reichstagskammer bemerkbar gemacht. (Zustimmung.)

Abg. W. Müller (hr.): Bezüglich der Verbesserung der Beamtengehälter, ist seit 1892 doch schon manches geschehen. Ich erinnere nur an die Aufhebung der Pensionen für die und der Pensionenbeiträge, welche letztere allein sich auf 600000 Mk. belaufen. Aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren; wir hatten kein Geld und konnten nicht mehr ausgegeben werden.

Abg. W. Müller (hr.): Wenn man neue Steuern haben wollte, dann würde immer von der Erhöhung der Beamtengehälter gesprochen und von der Verbesserung der Gehälter. Es sind mehrere hundert Millionen bewilligt und die Beamten sind leer ausgegangen. Mit der Bewilligung der Beamtengehälter ist ein Steuerertrag bewilligt worden, das wird keine traurigen Früchte tragen. Das Geld wird ausgegeben sein, wenn es an die Aufbesserung des Sozialversicherungsgebietes geht. Eine Reform der direkten Steuern werden wir in absehbarer Zeit nicht erlangen, dazu müssen erst die Männer und das System in der Regierung kommen.

Abg. Graf Kanitz (L.): Den Beamten ist allerdings eine Aufbesserung verprochen worden, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Reichstag die Einnahmen dazu bewilligen werde. Das ist aber damals nicht geschehen. Dieser Zusammenhang behalten die Beamten nicht im Auge, deshalb ist es begreiflich, daß die Beamten mit Petitionen an das Haus kommen. Die Beamten sollten sich aber nicht an einzelne Abgeordnete wenden; das ist für die Stellung des Abgeordneten nicht nützlich und angenehm und auch für die Disziplin nicht ganz unbedenklich. Die Herren freimüthigen sagen, eine Steuerreform mit der Umstellung bekommen wie nicht. Was hat denn die Umstellung mit der Steuerreform zu thun? (Zurück bei den Nationalparlament: Ist aber eine politische Forderung.) Die Herren wollen durch die Einziehung dieser politischen Frage die Steuerreform überhaupt zu Fall bringen, weil die großen Kapitalisten, welche ihnen stehen, eine Steuerreform mit der Deklaration überhaupt nicht wollen. (Wiederholter links.)

Abg. G. Müller (hr.): Wenn die Anfrage nicht von den freimüthigen gekommen wäre, dann hätten wir die Anträge wegen des Reichstags gestellt, denn es gehen Nachrichten durch die Presse, daß die Beamten die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Es könnte am Ende wieder gehen wie mit der Steuerreform. Sie war auch in Aussicht gestellt und wir wurden schließlich nach Hause geschickt, ohne daß die Vorlage gekommen wäre. Mein anderes Parlament hätte sich so etwas gefallen, wenn in der Vorrede des Herrn Reichsanwalt wird, dann sollten die Vorarbeiten dafür längst abgeschlossen sein, denn die Röhre haben während der Parlamentsferien keine Zeit zu solchen Arbeiten. Wir können Herrn G. Müller nur dankbar sein, daß er die Sache angeht hat, hoffentlich kommen die Vorarbeiten nun schneller in Fluß, als die Einkommensteuer betrifft, so hat Graf Kanitz (L.) die Vorarbeiten der Abgeordneten der Kapitalisten gegen die Deklarationspolitik gesprochen. Wir wissen nicht, wie diese aussehen wird, es ist bisher in der Thronrede nur eine allgemeine Erklärung darüber abgegeben worden. Es sieht noch aus, wie die Vorarbeiten der Beamten der Regierung noch nicht aufkommen, die sie nicht kennen.

Abg. W. Müller (hr.): Ich möchte den Herrn Grafen Kanitz fragen, ob es nur die freimüthigen sind, welche der Deklaration widerstreben, oder auch andere Stellen. (Sehr richtig! links.)

Abg. W. Müller (hr.): Hinter der freimüthigen Partei sollen die freimüthigen stehen, ich glaube, daß unter den Abgeordneten trotzdem sie gegen das Kapital losgehen, wie die Sozialdemokraten, die größten Kapitalisten sind (Wiederholter rechts); eine Veranschlagung der Einkommensteuer würde das mit Klarheit ergeben. Das Haus der Abgeordneten hat 1879 mit allen gegen 20 Stimmen die Umstellung der direkten Steuern als ein Nothwendigkeit für die Beamten, also ist nicht die reifmüthige Partei allein, welche durch die Forderung der Reform verhalten will. Hoffentlich wird Graf Kanitz (L.) dem Herrn Reichsanwalt mit Rücksicht auf die Beamten die Beamten

## Dunkle Gestalten.

Roman von F. de Volzgey.

„Die letzte?“ Er lachte spöttlich auf und begann im Pariser Spitzbubenstil zu räsonniren, daß es im gar nicht einfache, sich zu verabschieden zu lassen, nachdem er zwanzig Mal sein Leben riskirt habe. Und wenn er nicht noch viel, recht viel Geld bestimme, dann wolle er der Polizei eine kleine Geschichte erzählen und dann würde er und der Doktor und der General aus Peru zusammen eine kleine Meise machen.“

„Wollen Sie Schweigen!“ rief jetzt der Doktor. „Man könnte Sie hören.“

„Bestimmen Sie sich oder ich schreie noch mehr!“

„Sind wir denn allein hier?“ meinte der Doktor und kam bis in die Mitte des Salons.

„Guten Tag, mein Lieber.“ mit diesen Worten erhob sich Nointel plötzlich von seinem Stuhl.

St. Galmier hätte in die Erde versinken mögen, hatte aber noch fühlbar Gefessegegenwart, auf jenen Schreier zugehen, ihm einige Goldstücke in die Hand zu stecken und ihn zum Vorzimmer hinauszuführen.

„Kommen Sie morgen wieder, mein Freund, morgen Vormittag, ich werde Ihnen eine Bestellung geben, im Augenblick bin ich gepreßt und muß den Herrn empfangen.“

Dem sonderbaren Gläubiger St. Galmiers, durch das plötzliche Aufstehen Nointels auch verdrängt, lag augenscheinlich auch nicht daran, seine Unterhaltung vor einem Jungen fortzusetzen. Er entfernte sich und ließ den Hauptmann mit dem Doktor allein.

„Ich höre Sie vielleicht.“ begann Nointel. „Denken Sie, ich bin seit einer halben Stunde hier und mir ist es passiert, daß ich in der Mitte eines halben Dutzend schöner Frauen eingeschlossen bin. Es ist unverzeihlich, aber es ist hier so sehr heiß in dem Salon. Die Stimme jenes Mannes hat mich aus meinem Schlaf erweckt.“

„So, Sie haben geschlafen?“ stotterte St. Galmier, der seine Ruhe wieder zu gewinnen suchte.

„Ja, es ist leider so. Ich bin bis jetzt in meinem Leben beim Anschlägen immer vom Schlaf befallen worden, zweimal sogar in einer Audienz beim Kriegsminister. Ich bin eingeschlossen und habe mein Anliegen richtig verschlossen. Das hat mir sogar meine Karriere gekostet. Aber was war das mit Ihrem Besuch? Er schien nicht zu verstehen.“

„Das ist ein armer Teufel, den ich umsonst behandelt

und der böse ist, weil ich ihm eine Diät vorgeschrieben habe, und er nicht befolgen will. Ich predige ihm Mäßigkeit, und davon will er nicht hören, wie alle Trunkenbolde.“

„Aha, daß ich mir gleich so, er hat, glaube ich, immerfort vom Trinken geschrien.“

„Haben Sie denn gehört, was er sagte?“

„Nur einige Worte; sie schienen mir sehr unzusammenhängend. Mehr Sou. Trinken. Die ganze Nacht auf der Straße liegen. Ich habe nichts verstanden und mich auch nicht sonderlich angekreuzt, etwas zu verleben.“

„Der Unglückliche ist halb verdrückt. Er leidet auch an einer entsetzlichen Magenkrankheit, und ich verweise daran, ihn zu heilen. Aber Sie, lieber Hauptmann, womit kann ich Ihnen dienen?“

„Bitte, treten Sie in mein Zimmer. Ich setze zu Diensten.“

Das Privat-Kabinet des Doktors war halbdunkel, schwere Portieren und dicke Teppiche dämpften den Ton der Stimme und der Raum schien so recht geeignet, Geheimnisse zu hören. Ein Arzt ist ein Beichtvater, und St. Galmier, der diese Kunstregel wirklich peinlich ausführte, verriegelte die Thür, nachdem Nointel eingeschlagen. Er nötigte ihn, neben ihm Platz zu nehmen, und begann mit seinem süßesten Lächeln:

„Sie sehen mich bereit, Ihnen jede Auskunft zu geben, die Sie wünschen. Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen keine Cigarre offerire, aber Sie verstehen, es kommen nur nervenschwache Damen zu mir, sie würden in Ohnmacht fallen, wenn sie Tabakqualm röchen.“ — Also eine Auskunft wollen Sie?“

„Ich sagte, ich möchte Sie etwas fragen. Und kurz nämlich das, warum Sie gerade heute vor acht Tagen Madame d'Orival aufgesucht haben.“

Der Doktor war etwas konfusen, was dem aufmerkamen Blick des Hauptmanns nicht entging.

„Ich bin indistret, nicht wahr?“ fuhr Nointel fort.

„Durchaus nicht, ganz und gar nicht.“ antwortete St. Galmier mit vollendeter Courtoisie. Erlauben Sie, daß ich meine Erinnerungen sammle. Es war am letzten Dienstag, sagen Sie?“

„Ja, am Tage nach dem Selbstmord Gostmines.“

„Ich erinnere mich jetzt. Das ist sehr einfach. Ich bin zu der armen Frau gegangen, weil sie mich holen ließ.“

„Sie war also krank?“

„D, nicht der Rede werth. Ein leichter Nervenanfall. Der Selbstmord des Grafen hatte sie erregt.“

„Und, da die Nervenkrankheiten Ihre Spezialität sind, hatte sie sich an Sie gewendet. Nichts natürlich als das. Sie konnten sie vor diesem Besuch nicht?“

„So vom Sehen.“

„Und Sie sind dann noch einmal zu ihr gegangen?“

„Nein, es wäre auch unnütz gewesen. Das Mittel, das ich ihr verschrieben, hat sie in vierundzwanzig Stunden geheilt. Und ich bedauere es sehr. Wenn ihre Krankheit sich in die Länge gezogen hätte, dann wäre sie nicht auf jenen Opernball gegangen und jetzt vielleicht noch am Leben.“

„Ja, so was ist Bestimmung. Jetzt muß man Alles aufhieten, die abschneidende Person zu entdecken, welche sie getödtet hat, und Sie können mir dabei helfen.“

„Ich? Ich weiß gar nichts über diese traurige Angelegenheit. Ich war zwar mit Simacous in einer Loge, die neben der von Madame d'Orival lag, aber wir haben absolut nichts gesehen. Wir sind vor dem Untersuchungsrichter zitiert worden und haben zu unserm Bedauern erklärt, daß wir außer Stande sind, etwas auszusagen, weil wir nichts wissen.“

„Ich verstehe das, aber können Sie mir vielleicht sagen, aus welchem Grunde Sie, als Sie am Dienstag bei Julia waren, sich damit einführten, daß Sie erklärten, Gaston Darcy habe Sie geschickt?“

„Diese Frage kam so dreist und unerwartet, daß der Doktor ganz sprachlos wurde. Er erstarrte bis zur Stirn und antwortete mit geprüelter Stimme:

„Das ist ein Irrthum, Sie sind schlecht unterrichtet, Hauptmann.“

„Im Gegentheil, ich bin sehr gut informiert. Sie sagten zu Julia, die Sie nicht rufen ließ, weil sie einfach gar nicht krank war. Sie kamen von Herrn Darcy und haben hinzugefügt, daß Sie Darcy's intimer Freund seien. Entschuldigen Sie meine Dffenheit.“

„Ich protestire gegen Ihre Behauptungen.“ stotterte St. Galmier heraus. „Madame d'Orival hat ihnen das nicht erzählt können.“

„Mein, denn ich habe sie nicht gesehen, nur ihre Kammerjungfer.“

„Die Kammerjungfer“, wiederholte der Doktor mechanisch der den Kopf zu verlieren anfing.

„Ja, eine gewisse Mariette, ein sehr intelligentes Mädchen. Sie ist gutten Morgen zu Gaston Darcy gekommen und hat ihm, ich war gerade auch bei ihm, alles Das gesagt, was ich Ihnen jetzt wiedererzählt habe. Sie werden mir hoffentlich glauben.“ (Fortsetzung folgt.)

Tommenleuer, welche nur die wohlhabenden Leute treffen soll, durchgesetzt wird. Der Antrag wird nicht vernehmlich.  
Abg. v. Karaff: Für sollen die 400 Millionen neuer Steuern bewilligt haben. Gaben aber nicht die freiesinnigen die Ausgaben für die Verfertigung unserer Wehrkraft mit bewilligt? Der wird werden 19. In Frankreich die Weh. Steuern von Romi gestohlt, und bei uns wird mehr dafür geleistet. Die Debatte wird geschlossen.  
Abg. Müller (vernehmlich): Die Mehrausgaben für Militär betragen etwa 50 Millionen, es sind aber 200 Millionen neuer Steuern bewilligt worden. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt, ebenso die übrigen Ausgaben für das Ministerium und die Bundesverwaltung.  
Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats der Bundesverwaltung und Etat der Antriebskommission.)

### Politische und Tages-Chronik.

**Berlin, 9. März.** Wie ich aus bester Quelle mittheilen kann, ist dem Staatssekretär, Vizepräsidenten des Ministeriums, v. Bötticher, gegen hoher Beweis der Schuld Sr. Majestät des Königs in überhöflicher Weise zu Theil geworden durch Verleumdung des Schwarzen Adlerordens. Der Monarch hatte gestern eine lange Unterredung mit Fürst Bischoff, der man eine besondere Wichtigkeit beilegt.

Nach den „Hamburger Nachrichten“ wäre der Publikation der Kaisererlasse vom 4. Februar eine Einverständniss mit dem Reichsanwalt geführte längere Verhandlung mit den Bundesfürsten vorausgegangen, welche zu allseitigem Einvernehmen führte.

Der Prinz von Wales wird gegen den 20. März zu mehrtägigem Besuch des hiesigen Hofes erwartet. Am 7. März trafen in Sanibar 8000 Kisten Branntwein ein. Die Verwaltung der britisch-afrikanischen Gesellschaft verbot den Verkauf von Spirituosen an die Eingeborenen der englischen Küstenlinie.

Se. Durchl. der Fürst zu Caroloath-Beuthen ist gestern Abend zu mehrtägigem Aufenthalt aus Caroloath hier eingetroffen und im Hotel Royal abgesehen.

Die Durchl. der Fürstin zu Hohenlohe-Schillingfürst, Gemalin des Statthalters von Gisch-Lothringen, traf mit ihrem Sohn, dem Prinzen Hohenlohe, heute früh aus Ausland hier ein.

Handelsminister Verpelich hat in den letzten Tagen mit den Fabrikintendanten von Berlin, Breslau, Magdeburg, Dortmund und Düsseldorf über die Arbeitervertheilung konferirt.

Admiral Husners Rücktritt erfolgte, weil ihm die parlamentarische Vertretung seines Postens unzulänglich ist. Man erwartete von ihm eine energische Vertretung der Vorlagen. Husner verblieb im aktiven Dienst. Nach verlässigen Informationen sind alle Nachrichten vom Hamburger Blätter aus neuester Zeit, obgleich sie mit großer Bestimmtheit auftreten, als bösscher Vorwitz aufzuführen.

Im ersten Berliner Reichstagswahlkreise soll von den Centralparteiern Geheimrath Hinkpeter als Candidat aufgestellt werden.

Dr. Hinkpeter konferirte vorige Woche in München-Gladbach mit den Industriellen über die dortigen Arbeiterverhältnisse.

Stanley wird hier nicht vor dem Monat Mai erwartet.

Der (sozialdemokratische) Reichstagsabgeordnete für Königsherg, Schülze, ist vorgeladen, wie von dort telegraphirt wird, zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden wegen Verbreitung eines Flugblattes, das geeignet sei, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Angehörigen des Staates gegen einander aufzureizen.

Der „Aktions“ meldet: „Eine der ersten Besorgnisse, welche dem neuen Reichstag unterbreitet werden, ist eine Revolte zur Gewerbeordnung für das deutsche Reich vom 1. Juli 1883. Es handelt sich dabei namentlich um eine totale Umgestaltung des Titels 7, der von den gewerblichen Arbeitern (Geweßen, Schwestern, Begrüßungen, Fabrikarbeitern) handelt. Die grundlegenden Gedanken für die Neuordnung sind im preussischen Staatsrathe aufgestellt, und nach Anleitung derselben ist inzwischen im preussischen Handelsministerium ein Gewerkeverordnungsprojekt, der voraussichtlich schon in nächster Zeit als Antrag Preussens beim Bundesrathe eingebracht werden wird. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß der Gewerkeverordnungsentwurf den verbündeten Regierungen mitgetheilt ist, um denselben Gelegenheit zu geben, schon jetzt zu dem Entwurf Stellung zu nehmen.“

**Überfeld, 9. März.** Das Schwurgericht verhandelte am 7. und 8. d. M. gegen drei in dem Sozialistenprozesse wegen Meinesverbrechtes verhaftete Zeugen aus Düsseldorf. Kranke und Niederrand wurden in zwei Fällen für schuldig befunden und zu je 1 1/2 Jahren, Gemmer als in einem Falle schuldig zu einem Jahre Gefängnis und sämmtlich zu fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei resp. zwei Jahre beantragt.

**Suttart, 9. März.** Dem „Schwab. Merkur“ zufolge steht eine Veränderung in der Vertretung Preussens am hiesigen Hofe bevor. Gesandter ist zur Zeit Graf Wesdalen.

**Münden, 9. März.** Die Sitzung des Finanzausschusses der Kammer verlief sehr stürmisch. Das Centrum wagt heute nicht weiter zu berathen und verzieht wegen der herrschenden Aufregung die Fortsetzung der Abträge beim Kultusstat auf Montag. Die Ultramontanen versuchen, sich als die Bedrohten darzustellen, und richten heftige Angriffe gegen die „Neuesten Nachrichten“, die nach ihrer Meinung durch scharfe satirische Artikel die

Demonstrationen der Akademiker hervorgerufen, ferner gegen den Polizeipräsidenten, die Staatsanwaltschaft und die Regierung. Walker fordert Einschnitten gegen das genannte Blatt und Schuß für die Abgeordneten; er zweifelt, ob unter den obwaltenden Umständen überhaupt noch getagt werden könne. v. Stauffenberg begreift die Aufregung, mißbilligt aber die Manifestationen. Geiger meint, die Ausschüsse sowie die Kammer seien nummehr vogelfrei; er erinnert an die Vorgänge des Jahres 1848. Minister v. Craillheim erklärt, die Polizei habe gestern Nacht ihre Schuldigkeit gethan, der Demonstration habe jeder ernste Charakter gefehlt; ob jene Artikel der „N.“ zu verfolgen seien, habe allein der Staatsanwalt zu entscheiden.

**Lambrecht (bayr. Pälz), 9. März.** In Folge von Lohnerhöhungs Forderungen der Arbeiter in der Bohmischen Fabrik wurden sämmtliche Tuchfabriken geschlossen.

**Wien, 9. März.** Die Verhandlungen wegen Erneuerung des Geldauswechslungsvertrages zwischen der Creditanstalt und der Ungarischen Creditbank gestalten sich schwierig, weil Bedenke aus einer Magazinstiftung der Direktion des ungl. Institutes besteht, wodurch die geschäftlichen Beziehungen desselben zur Wiener Mutteranstalt wesentlich verhöben würden.

**Wrag, 9. März.** Dem jüngstgeschlossenen Organ „Nordost Visby“ wurde wegen beharrlichen Gegens gegen den Ausgleich der Einzelverkauf für ganz Dänemark entgegen. Wegen der gefirten Studentenrevolte veröffentlichte heute der Rektor der dänischen Universität eine Erklärung, worin die Studentenschaft zur Anrechtshaltung der Ruhe ermahnt wird.

**Budapest, 9. März.** Allmählig klärt sich die Ursache der Cabinetskrise auf. Erst heute verlautet, der Kaiser habe am Donnerstage im Kronrath aus seinerseits in Angelegenheit des Heimathsgesetzes offen seine Ansicht geäußert, welche zu Ungunsten Tiszas war. Den Standpunkt seiner Kollegen anzudeuten, war Tisza trotz allem Zureden nicht zu bewegen. Es stellt sich heraus, daß Tiszas Erklärung vom 11. Dezember ein Fehler war, welcher die Krise unvermeidlich machte. Schon Tiszas wienener Reise in den ersten Januartagen ließ ihn die Bestimmung des Hofes klar erkennen, obwohl er durch seine Kenjahrsrede diese Bestimmung zu zerstreuen sich bemühte. Für heute war eine Sitzung im Club der Regierungspartei anberaumt, um Tiszas eine Subjektiv zu bereiten, diese Subjektiv unterließ jedoch, um nach seiner Seite Bestimmung zu erregen. Gestern war der Unterrichtsminister Gashy zur Anwesenheit; derselbe denkt aus Gesundheitsrückichten zurückzutreten; da er nur Tisza zu Liebe ins Amt trat, wird er vielleicht noch kurze Zeit im Amte verbleiben. Der preßburger Obergespan Graf Josef Jächy wurde für heute hierher berufen. Derselbe soll, wenigstens nicht schon jetzt, zum Minister des Innern aussersehen sein. Die Opposition wird am Tage, wo Tiszas Rücktritt in den Anwesendern gemeldet wird, Fadeligkeit und Illusionen veranlassen.

Von unterrichteter Seite verlautet, der künftige Ministerpräsident, Graf Szapary, werde auch das Portefeuille des Innern übernehmen. Die Aenderung des Heimathsgesetzes wird das neue Cabinet gänzlich unterlassen.

Der Ministerpräsident Tisza sowie der Minister Graf und Szilagyi tratten dem Arbeitsminister Grafen Szapary einen Besuch ab und hielten eine mehrtägige Konferenz. Um 3 Uhr Nachmittags empfing der Kaiser den Minister Szapary in Privataudienz. Des Abends fand wieder ein mehrtägiger Ministerrathe bei Tisza statt.

Die Annahme einiger auswärtiger Organe, Tiszas Scheiden könne eine unangenehme Minderwirkung auf das deutsch-österreichische Bündnis ausüben, wird von bester Seite als absurd und tendenziös bezeichnet. Im Uebrigen ist die charakteristische Thatsache hervorzuheben, daß die geschehenen Blätter über Tiszas Rücktritt frohlocken und heftige Ausfälle gegen ihn bringen.

**Rom, 9. März.** In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellirten die Abgeordneten Ferrari und Imbrani den Ministerpräsidenten Crispi wegen des von diesem erlassenen Verbots mehrerer republikanischer und irredentistischer Bedenksenen. Crispi rechtfertigte das Vorgehen der Regierung an der Hand des Strafgesetzbuchs und erklärte, gegen schwache sowohl wie rothe Demonstrationen werde er gleich entschlossen Front machen.

Angesichts einer eventuellen Divergenz der Derwisch wurde die italienische Garnison in Keren verstärkt.

Die gefirte Kammerdebatte dürfte den Rücktritt des Präsidenten Biancheri zur Folge haben. Imbrani hatte das Verhalten Crispi's bei Beantwortung der Interpellation über den Jesuitismus gekennzeichnet und wurde dafür zur Ordnung gerufen. Crispi aber, der durch die Verlesung seiner Rede vom Jahr 1883, worin er Oberdant verurtheilt und für Italien die natürlichen Grenzen beantragt, auf's Außerste gereizt, war damit nicht zufrieden. Er rief Biancheri zu: „Für viel weniger wurde Lobvodore aus dem Unterhaus verbannt.“ Beim Verlassen des Hauses und in einem darauf abgehaltenen Ministerrathe erklärte Crispi: „Cantueber geht Biancheri über ich.“ Wahrscheinlich wird Biancheri, welcher der alten Rechte angehängt, länger als zehn Jahre das Präsidium führt demontfieren, um der Regierung Unlegenheiten zu erparan, da er andernfalls zweifellos von Kammer wieder gewählt würde.

**Paris, 9. März.** Die gefirte konfessionelle Wahlervermittlung in Doulole, woran Droulede ein Polizeicommissar erhielt einen Messerstich in die Brust und viele andere Personen wurden schwer verletzt.

Der „Gigaro“ erhält aus Kopenhagen eine Befestigung der jüngst entdeckten nihilistischen Bewegung in Petersburg. Der Sohn eines hohen Beamten, welcher durch das Loos zur Ermordung des Zaren bezeichnet worden war, hat Selbstmord begangen.  
**Brüssel, 9. März.** Stankley richtete ein Schreiben an den König, worin er den 28. März als den Tag seiner Hierherkunft bezeichnet.

**Amsterdam, 9. März.** Der Minister des Aeußeren, Harten, wird am Dienstag in der Kammer Aufschlüsse über die Stellung Hollands auf der Berliner Arbeitskonferenz ertheilen. Nicht Zutrittsgang Snyder, sondern der holländische Gesandte in Berlin, sowie zwei Professoren der Nationalökonomie werden Holland auf der Konferenz vertreten.

**Petersburg, 9. März.** Der fröhe deutsche Gesangsverein „Viedertafel“ beging heute die Feier seines 50jährigen Bestehens. Die Kaiserliche Musikalische Gesellschaft und deutsche Gesangsvereine von Moskau und Fern, darunter der Vater und der Liberer, haben den Jubelverein durch Deputationen, Adressen, Schreiben und Telegramme beglückwünscht und ihm Ehrengelände gewidmet. Der langjährige Dirigent des Viedertafel-Chors, Professor Czerny, ist von Gesangsvereinen Moskaus und der baltischen Städte zum Ehrenmitglied gewählt worden.

**Wien, 9. März.** Die Regierung hat die Handelsverträge mit Italien und Belgien, welche mit dem 1. (13) März ablaufen, gekündigt.

**Berlin, 9. März.** Der Minister des Innern Langenau und der Justizminister Gerlich überreichten gestern ihre Demission. Doch ist bezüglich deren Annahme vorläufig noch nichts entschieden.

Die Stuphina gekündigt in zweiter Lesung die 26 Millionenanleihe.  
Der in Petersburg weilende Sineschima-Präsident Paschic erhielt, nach aus diplomatischen Kreisen zugehenden Mittheilungen, gestern eingehändig vom Zaren den Stanislaus-Orden erster Klasse.

**Sofia, 9. März.** Die Angelegenheit Panika kommt in den nächsten Tagen zur Verhandlung; sie scheint viel von ihrer Bedeutung verloren zu haben.

Die politischen und Tages-Chronik siehe „Beide Nachrichten und Telegramme.“

### Handel, Verkehr und Volkswirtschaftliches.

Salleischer Bankverein vom Kulisch, Rämpf und Co. Der uns vorliegende Geschäftsbericht für 1889 weist einen Umlauf von 520 Millionen nach, ein höherer noch nie erreichtes Resultat, welches für das vorangehende Geschäftsjahr eine Steigerung um 100 Millionen bedeutet. Das in Folge dieser bedeutenden Geschäftsumkehrung um 1200000000 erhöhte Aktien-Capital beträgt in Folge dessen 7200000000. Von der Verrechnung auf 1000000000 angeordnet, sind die Verlusten durch den Bankverein auch in diesem Geschäftsjahre nicht betroffen. Es wird eine Dividende von 10 pCt. zur Vertheilung beantragt und aus dem Gewinnvertheilungsfond 2000000000 des Deutlichen-Unterstützungsfonds überwieben werden.

**Berlin, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

**Wien, 8. März.** Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert. Belgien im 1000 Mill. loco 180-186 nach Quantität gefordert.

